

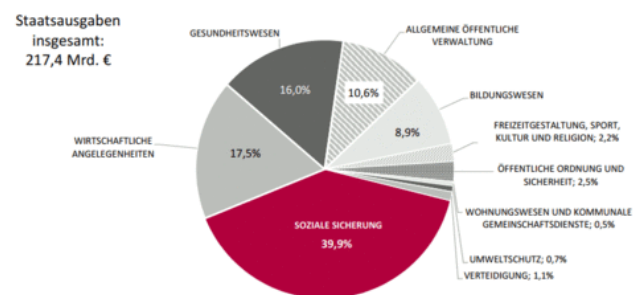
Generationenvertrag nach / in der Krise:

Corona und System-Mängel bringen das staatliche Pensionssystem an die Grenzen.

Die Corona-Pandemie bringt alle Staaten an finanziellen Grenzen. Wie viel Geld in Österreich für die Abwendung der sozialen Auswirkungen von Corona ausgegeben wurde, zeigen aktuelle Zahlen der Statistik Austria.

Corona-bedingt stiegen **Österreichs Staatsausgaben 2020 kräftig auf über 217 Milliarden** Euro an. Das ist ein Plus von 12,6 %.

Das mit Abstand größte Torteneck (siehe roter Teil der Graphik) bildet die **„soziale Sicherung“**, worunter vor allem die Ausgaben für Pensionen fallen. **39,9 % aller Ausgaben Österreichs** gehen in diesen Bereich. Zweitgrößtes Eck mit 17,5 % wurde auch „dank Corona“ der Bereich „wirtschaftliche Angelegenheiten“, worin die Subventionen für die Wirtschaft inkludiert sind. Der Bereich „Gesundheitswesen“ folgt an 3. Stelle mit 16 % Zum Vergleich: Für den heftig diskutierten **Umweltschutz gab Österreich im Vorjahr 0,7 % aus.**



Graphik: Statistik Austria, Versicherungsjournal.
Zum Vergrößern [hier klicken...](#)

Da durch das Corona-bedingte Zusperrern der Wirtschaft in vielen Bereichen folglich die Einnahmen des Staates sanken, ergab sich 2020 mit 33,2 Milliarden Euro oder 8,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – laut Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas- **„ein Budget-Defizit in historischem Ausmaß“**.

Vier von zehn Euro Steuergeld für soziale Sicherung

Sehen wir uns nun das **größte Torteneck „soziale Sicherung“** näher an:

Es macht, wie gesagt, 39,9 % der gesamten staatlichen Ausgaben Österreichs aus und kostete uns Steuerzahler im Vorjahr **86,8 Mrd. Euro**.

Besonders fällt auf, dass beim größten Posten (dem Thema Alter) innerhalb der „sozialen Sicherheit“ - logischerweise Corona-bedingt - die Kosten im Vorjahr besonders stark gestiegen sind. Aber auch schon in den Vorjahren stieg diese Zahl stetig an und – noch bedeutender – es musste **Jahr für Jahr um 1-2 Milliarden Euro mehr Steuergeld zu den Alterspensionen dazu geschossen** werden. Während die anderen Posten relativ stabil blieben, wie die folgende Graphik zeigt.

Staatsausgaben für soziale Sicherung (in Mio. Euro)

Posten	2017	2018	2019	2020
Alter	46.483	47.790	49.886	52.715
Krankheit und Erwerbsunfähigkeit	6.715	6.834	7.036	7.068
Hinterbliebene	5.105	5.205	5.317	5.491
Soziale Sicherung gesamt *	76.076	77.713	80.102	86.832

* einschließlich hier nicht angeführter Bereiche.

Graphik: Statistik Austria, Versicherungsjournal

Übrigens: Der **Zuschuss-Bedarf** zu den staatlichen Pensionen dürfte von aktuell 20 Mrd. Euro im Jahr 2020 **auf 26,7 Mrd. steigen**, u.a. deshalb, weil es binnen eines Jahres um 12 % mehr Pensionsanträge gegeben hat, wie die Vorarlberger Nachrichten kürzlich berichteten.

Wie lange sich das der österreichische Staat angesichts der EU-Vorgaben hinsichtlich ausgeglichenem Budget noch leisten kann, wird sich zeigen. Man muss wohl kein großer Prophet sein, um **drohende Sparpakete** vorher zu sehen!

Corona geht – hoffentlich – irgendwann vorbei. Zumindest in der Form, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung impfen lässt und die dann weniger Erkrankten das Gesundheitswesen nicht mehr an den Rand des Kollaps bringen können, also keine weiteren staatlichen Eingriffe mehr nötig werden.

Aber die **Struktur-Probleme des staatlichen Pensionssystems bleiben** erhalten und verschärfen sich zunehmend. Wodurch der staatliche Zuschuss-Bedarf weiter von Jahr für Jahr steigen wird.

Über die Struktur-Probleme haben wir in den letzten Jahren oftmals berichtet, sind sie doch seit etwa den 80-Jahren des vorigen Jahrhunderts regelmäßig Thema von Experten-Diskussionen: **Immer mehr Alte müssen von immer weniger Jungen erhalten werden.**

Generationenvertrag: Können die Jungen das noch stemmen?

Diese Frage war (vereinfacht) der Titel eines Beitrags im STANDARD.

Untertitel: Immer weniger Erwerbstätige versorgen eine wachsende Zahl an Pensionisten. Die Jugend könnte durch die Finger schauen, befürchten Experten.

Kern-Aussage des Beitrags, der auf Zahlen von Eurostat (dem Statistischen Amt der Europäischen Union) und dem Neos Lab basiert, war:

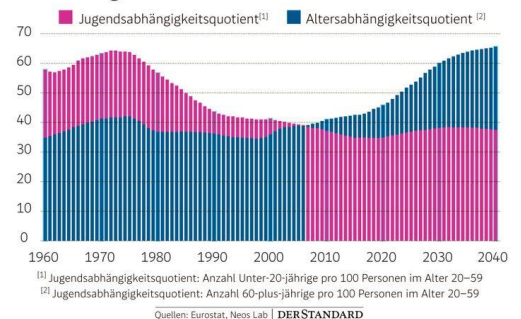
„Der Generationenvertrag ist das Fundament des Sozialsystems.

Der demografische Wandel könnte erfordern, ihn neu zu verhandeln“.

Eine einfache Graphik belegt das Grundproblem des österreichischen Umlageverfahrens und der demographischen Entwicklung in unserem Land ganz eindrucksvoll:

2020 passierte tatsächlich, was Bevölkerungs-Experten seit Jahren prognostizierten. Die Zahl der **Erwerbstätigen beginnt erstmals zu sinken**. Der Grund liegt darin, dass die geburtenstarken Jahrgänge der **Baby-Boomer-Generation** (etwa 1960-75 geboren) nun sukzessive in Pension gehen und durch den „Pillen-Knick“ danach die Geburtenrate stark sank (und heute laut Wikipedia nur mehr rund halb so hoch ist, wie vor der Entwicklung der Pille).

Alterung Österreichs schreitet schneller voran



Graphik: DER STANDARD, basierend auf Eurostat, Neos Lab. Zum Vergrößern hier...

Trendwende im Umlageverfahren

Diese Entwicklung hat natürlich große Auswirkungen auf das Umlageverfahren, denn ab nun sinkt sukzessive jener Anteil der Bevölkerung, der das Sozialsystem finanziert.

Und die Zukunft bringt keine guten Nachrichten: Während die arbeitende Bevölkerung sinkt oder bestenfalls gleichbleibt, **steigt die Zahl der über 60-Jährigen weiter deutlich an**.

Trotzdem Experten diese Entwicklung seit dem vorigen Jahrtausend gebetsmühlenartig vorhersagten – auch wir haben im BAV-Newsletter in den letzten Jahren regelmäßig Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt – sei der **Sozialstaat nicht gut darauf vorbereitet**.

Zu diesem Urteil kommt aktuell **Bernhard Binder-Hammer, Bevölkerungsökonom** am Institut für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Und er bietet in seiner Analyse mit dem Titel „**Wie wir den Generationenvertrag retten können**“ aktuelle Zahlen und Lösungsvorschläge für einen nachhaltigeren Generationenvertrag: Konkret zahlt jede Person im Haupterwerbsalter 20-30.000 Euro pro Jahr an staatlichen Abgaben, allen voran Steuern auf Arbeitseinkommen. Der größte Teil davon fließt an die ältere Generation. Nach dem Pensionsantritt erhält ein Österreicher rund 25.000 Euro im Jahr. Bei den Jungen gipfeln Transfers im Teenageralter bei knapp 15.000 Euro, so die Studie.

Hohe Abgaben für Erwerbstätige, eine starke Umverteilung zur Bevölkerung im Ruhestand und eine geringere Absicherung der Jungen, **so funktioniert der heutige Sozialstaat**, fasst Binder-Hammer die Fakten zusammen. Eigentlich so, wie es der „ungeschriebene“ Generationenvertrag vorsieht.

Ungleiche Krisenfolgen erhöhen den Druck

Ob ein Sozialsystem gerecht ist, hängt nicht nur davon ab, wer wie viel Leistungen erhält. Sondern auch davon, **wie gut einzelne Gruppen durch harte Zeiten kommen.**

Bereits nach der weltweiten Finanzkrise 2008 zeigte sich – wie jetzt auch in der Corona-Krise – dass **die jüngeren Menschen am meisten unter den wirtschaftlichen Folgen litten.** Was klar ist, erhalten doch die Pensionisten in Österreich weiterhin pünktlich und ungekürzt die Pension. Viele andere verlieren den Job und müssen Einkommensverluste hinnehmen. Egal ob wegen Kurzarbeit oder weil der neue Job schlechter bezahlt wird. Somit erwartet Wirtschaftsdemograf Hammer-Binder, dass die Einkommensungleichheit zwischen den Generationen weiter zunehmen wird.

Pensionslücke wächst

Die aktuelle Krise verschärft die Probleme, die der demografische Wandel vorgibt:

Die Zahlungen der Erwerbstätigen reichen bei weitem nicht aus, um die Pensionsausgaben zu finanzieren. Der Staat, also eigentlich wir Steuerzahler, schießt schon seit Jahren rund 20 Mrd. Euro dazu, um die Pensionen in voller Höhe auszahlen zu können.

Die **reine Defizit-Abdeckung** (die Differenz zwischen Pensionsbeiträgen der Aktiven und die versprochene Zahlung an die Pensionisten) **macht schon alleine rund 8-10 Mrd. pro Jahr** aus, dazu kommen weitere 10 Mrd. Steuergeld, etwa für die Ausgleichszulage (wird ausbezahlt, um kleine Pensionen auf die Höhe der Mindestpension anzuheben) und sonstige Kosten des Pensionssystems.

Daher sieht Hammer-Binder im „**Pensionssystem den stärksten Hebel des Sozialstaates**“, um eine Umverteilung von Jung zu Alt durchzuführen. Doch in der Studie schwingt die Angst mit, dass sich die Jungen diese immer **verschlechternde Generationen-Fairness** nicht mehr gefallen lassen könnten. Also der Generationenvertrag neu verhandelt werden sollte, auch und besonders wegen der Überalterung der Erwerbsbevölkerung. Denn dadurch wachsen die Transferleistungen an die Alten zulasten der Jungen.

Dazu passt zum Erinnern: Wir haben bereits im Jänner BAV-Newsletter die **knackige Aussage des Leiters der Alterssicherungs-Kommission** gebracht, dass das staatliche Pensionssystem den Aufgaben des 21. Jahrhunderts **nicht gewachsen sei.**

Die Probleme sind lange bekannt, was sollte die Politik tun, um das System fairer zu gestalten?

Dazu liefert die Studie von Binder-Hammer einige Ansätze:

Automatische Anpassung von Leistung/Beiträgen

Ein großes Problem für die Pensionssysteme ist die (sonst erfreulicherweise) steigende Lebenserwartung. Diese sollte in die Pensionsberechnung mit einbezogen, das Antrittsalter angepasst werden. „Dieser Schritt ist in Österreich überfällig“ liest man in der Studie, samt Verweis auf Schweden.

Zuschüsse beschränken

Konkret schlägt Binder-Hammer vor, nur einen Sockelbetrag über das Umlageverfahren zu finanzieren. Somit würden die Renten von Besserverdienern nicht von allen Steuerzahlern subventioniert werden.

Flexibilität in der Altersvorsorge

Wie ins Schweden könnten die Pensionen an erwartete Beiträge angepasst werden. Wer mehr und länger einzahlt, bekommt mehr Pension. In Schweden können Erwerbstätige flexibler entscheiden, wann sie in Pension gehen. Dementsprechend unterschiedlich fällt die Pensionshöhe aus.

Niedriges Antrittsalter

Laut **EU-Ageing-Report** (siehe Link am Ende des Beitrags) liegt Österreich trotz vergangener Reformen beim effektiven Pensionsantrittsalter unter den Schlusslichtern in Europa. Demnach würde der durchschnittliche Österreicher noch im Jahr 2050 mit gut 63 Jahren in Pension gehen, während ein Däne dann im Schnitt bis 68 arbeiten muss.

Private Vorsorge nötig!

Was bedeuten all die oben präsentierten Fakten für Sie als Beraterin/Berater?

Sie müssen weiterhin bei Ihren Kundinnen und Kunden **Problembewusstsein zum Thema private und berufliche Vorsorge schaffen**. Obige Fakten können Ihnen helfen, den menschlichen Verdrängungsmechanismus („wird schon nicht so schlimm werden“) zu durchbrechen. Bedenken Sie: Es ist Ihre gesellschaftlich wichtige Aufgabe, die drohende Altersarmut zu vermeiden helfen.

Gleichzeitig zeigen alle oben präsentierten Zahlen und Studien: Die Belastungen für das staatliche Gesundheits- und Pensionssystem werden zunehmen. Und die Budgettöpfe werden nach Corona leer, Sparpakete die Folge sein.

Daher kann die Empfehlung an Ihre Kundinnen und Kunden nur lauten: Die staatliche Pensionssäule **durch eine zweite und dritte Säule abzustützen**. Also gilt es, betrieblich und/oder privat vorzusorgen, um sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten zu können.

Finaler Praxis-Tipp: **Nutzen Sie das Pensionskonto**, um die zu erwartende Pension errechnen zu lassen. Vielleicht können die nackten Zahlen und obige Argumente helfen, den Verdrängungsmechanismus vieler Menschen zu durchbrechen

Die **Studie zum Generationsvertrag** von Binder-Hammer [finden Sie hier...](#)

Zum **EU Ageing Report** [kommen Sie hier...](#)

Quellen: Statistik Austria, Versicherungsjournal, DER STANDARD, Agenda Austria, Studie „Wie wir den Generationenvertrag retten können“